

EURO-LETTER

Der Euro-Letter wird von der **ILGA-Europa** – Der Europäische Regionalverband des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands - [ILGA-Europe - the European Region of the International Lesbian and Gay Association] mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft – Die Europäische Union gegen Diskriminierung – veröffentlicht.

Herausgeber: Juris Lavrikovs * **Kontakt:** euroletter@ilga-europe.org

Euro-Letter [auf Englisch] abonnieren:

Senden Sie bitte einfach eine Mitteilung ohne Text an: euroletter-subscribe@yahoogroups.com

Bisherige Ausgaben: Alle vorangegangenen Euro-Letter in englischer Sprache, als auch die deutschen und portugiesischen Übersetzungen von Nr. 76 Januar 2000 und griechische Übersetzungen von Nr. 127 Januar 2006 an, sind im pdf-Format auf unserer Website abrufbar: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter

Die ILGA-Europa dankt der Lesbian and Gay Liberation Front e.V. für die deutschen Übersetzungen des Euro-Letter, die auch auf ihrer Website abrufbar sind: <http://www.lglf.de>, Miguel Freitas für die portugiesischen und Pantelis Ravdas für die griechischen Übersetzungen.

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen geben nicht unbedingt die Position oder die Meinung der Europäischen Kommission wieder.

In dieser Ausgabe

ILGA-EUROPA

- ENTWICKLUNG DES NÄCHSTEN STRATEGIEPLANS 2008-2011 DER ILGA-EUROPA
- KAMPAGNE DER ILGA-EUROPA ZU VERSAMMLUNGS- UND AUSDRUCKSFREIHEIT FÜR LGBT IN EUROPA
- STELLENAUSSCHREIBUNG DER ILGA-EUROPA – POLITIKMITARBEITER/IN
- ZWEI ILGA-EUROPA-PAPIERE ZU PRIDE-VERANSTALTUNGEN – AUF RUSSISCH

EUROPA

- ZU WENIG UNTERSCHRIFTEN FÜR PARLAMENTSERKLÄRUNG ZU HOMOPHOBEN SCHIKANEN
- 17. MAI – INTERNATIONALER TAG GEGEN HOMOSEXUELLENFEINDLICHKEIT
- BÜRGERMEISTER VON VILNIUS VERBIETET EU-ANTIDISKRIMINIERUNGSMOBIL IN DER STADT
- INTERNATIONALER FAMILIENTAG: WIR SIND FAMILIEN!
- UNTERSTÜTZEN SIE EINE GESETZGEBUNG GEGEN VERBRECHEN AUS HASS IN EUROPA

GLEICHGESCHLECHTLICHE FAMILIEN

- SCHWEIZ: GENFER WÄHLER/INNEN UNTERSTÜTZEN SCHWULE GLEICHSTELLUNG
- ESTLAND: GLEICHGESCHLECHTLICHE PARTNERSCHAFTEN 2008 LEGAL?
- FINNLAND: 191 GLEICHGESCHLECHTLICHE PARTNERSCHAFTEN 2006 REGISTRIERT

VERSAMMLUNGSFREIHEIT

- **EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE: VERBOT DES LGBT-PRIDE IN WARSCHAU WAR ILLEGAL UND DISKRIMINIEREND**

Quelle: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter * Anmerkungen des Übersetzers in eckigen Klammern * In Texten verwendete und nicht erläuterte Abkürzungen: LGBTIQ - Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender [Menschen mit Geschlechtsrollen übergreifender Identität], Intersexuelle, Queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intersexuell, queer), EG – Europäische Gemeinschaft(en), EU - Europäische Union, NGO - nichtstaatliche Organisation * Angabe von Links ohne Hinweis in eckigen Klammern beziehen sich auf Webseiten in englischer Sprache.



2007 — European Year of Equal Opportunities for All
2007 – Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle

ILGA-EUROPA

ENTWICKLUNG DES NÄCHSTEN STRATEGIEPLANS 2008-2011 DER ILGA-EUROPA

Von Patricia Prendiville

Nach unseren früheren Ankündigungen in Euro-Letter, Newsletter und auf unserer Website bitten wir unsere Mitglieder, an einem Treffen zum nächsten Strategieplan 2008-2011 der ILGA-Europa teilzunehmen. Es findet am 07 Juli 2007 in Budapest statt.

Wenn Sie teilnehmen möchten oder Fragen zu dem Treffen oder dem Strategieplan haben, nehmen Sie bitte Kontakt mit mir auf:

patricia@ilga-europe.org

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website:

www.ilga-europe.org

KAMPAGNE DER ILGA-EUROPA ZU VERSAMMLUNGS- UND AUSDRUCKSFREIHEIT FÜR LGBT IN EUROPA

Von Juris Lavrikovs

Die ILGA-Europa gab am 17. Mai 2007 ihre Medienmitteilung mit den Namen der ersten Unterzeichner/innen ihres Appells heraus. Jetzt können Sie die Liste aller bisherigen Unterzeichner/innen und individuelle Unterstützungsbotschaften einiger von ihnen auf unserer Website einsehen unter:

http://www.ilga-europe.org/europe/campaigns_projects/freedom_of_assembly_and_expression/who_already_signed_ilga_europe_s_appeal

Wir sind Ihnen sehr dankbar, wenn Sie bereits zu Ihrem Bürgermeister/innenbüro Kontakt aufgenommen haben. Ihr Engagement ist sehr wichtig und wir ermutigen auch alle anderen, bei der Kampagne mitzuwirken. Sie finden einen Bereich mit einigen Ideen und Vorschlägen, wie Sie mitwirken können, auf unserer Website unter:

http://www.ilga-europe.org/europe/campaigns_projects/freedom_of_assembly_and_expression/various_suggestions_on_what_you_can_do_to_help_the_campaign

Bitte denken Sie daran, dass die Kampagne noch läuft und wir Unterschriften und Unterstützungsbotschaften bis den Sommer 2007 über sammeln.

Noch einmal vielen Dank für Ihre Unterstützung. Wir freuen uns, mit Ihnen allen zusammen zu arbeiten, um diese Kampagne von so vielen europäischen Bürgermeistern/innen wie möglich unterstützen zu lassen.

STELLENAUSSCHREIBUNG DER ILGA-EUROPA – POLITIKMITARBEITER/IN

Von ILGA-Europa

Der/die Stelleninhaber/in ist verantwortlich für Politik, Lobbyaktivitäten und Kompetenzbildung, um das Engagement der ILGA-Europa für LGBT-Rechte auf europäischer Ebene zu fördern. Insbesondere wird der/die Beschäftigte mit unseren Mitgliedsorganisationen zusammenarbeiten, um die europäische Politik in den Bereichen Beschäftigung, sozialer Einbezug und Gleichstellung umzusetzen und zu beeinflussen.

Bewerber/innen sollten für diesen Arbeitsbereich hoch motiviert sein und Kenntnisse und Erfahrung in der Entwicklung, Präsentation und Umsetzung von Politikvorschlägen und Lobbyarbeit sowie in der Zusammenarbeit mit Mitgliedern und externen Organisationen haben.

Fristende für Bewerbungen: 31. Mai 2007.

Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen finden Sie auf unserer Website unter:

http://www.ilga-europe.org/europe/about_us/job_opportunity

ZWEI ILGA-EUROPA-PAPIERE ZU PRIDE-VERANSTALTUNGEN – AUF RUSSISCH

Von ILGA-Europa

Zwei Veröffentlichungen der ILGA-Europa, "Handbuch zur Beobachtung von Pride-Paraden" und "Pride-Paraden gegen Vorurteile: Ein Rüstzeug für die Organisation in feindlicher Umgebung", sind jetzt auf unserer Website in russischer Sprache verfügbar unter:

http://www.ilga-europe.org/europe/publications/non_periodical

EUROPA

ZU WENIG UNTERSCHRIFTEN FÜR PARLAMENTSERKLÄRUNG ZU HOMOPHOBEN SCHIKANEN

Von Evelyne Paradis

Die schriftliche Erklärung zur Bekämpfung von homosexuellenfeindlichen Schikanen scheiterte am 30. April, weil 154 Unterschriften fehlten, um als offizielle schriftliche Erklärung des Europäischen Parlaments anerkannt zu werden. Die von der gemeinsamen Arbeitsgruppe für LGBT-Rechte des Europäischen Parlaments und dem Abgeordneten John Bowis vorgelegte Erklärung wurde von Februar bis April von 239 Abgeordneten unterstützt, was eine sehr beachtenswerte Anzahl darstellt.

Aber in der Tat werden nur sehr wenige schriftliche Erklärungen verabschiedet. Anders als bei Resolutionen des Parlaments, die durch Abstimmung in Plenarversammlungen verabschiedet werden, liegen Erklärungen zur Unterzeichnung während einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort aus. Deshalb ist es für viele Abgeordnete unbequemer und unpraktischer, solche Dokumente zu unterzeichnen.

Die Liste der Abgeordneten, die die Erklärung unterzeichnet haben, kann auf der Website der ILGA-Europa eingesehen werden unter:

http://www.ilga-europe.org/europe/news/call_for_action_let_s_stump_out_homophobic_bullying_in_europe

17. MAI – INTERNATIONALER TAG GEGEN HOMOSEXUELLENFEINDLICHKEIT

Von ILGA-Europa

Am 17. Mai 2007 wurde weltweit das dritte Mal der Internationale Tag gegen Homophobie begangen. Patricia Prendiville, Geschäftsführerin der ILGA-Europa, erklärte: "Der internationale Tag gegen Homophobie ist eine gute Gelegenheit, die immer noch bestehende Homosexuellenfeindlichkeit in Europa erneut anzuprangern. Bedauerlicherweise sind LGBT in Europa weiterhin unfairer Behandlung, Vorurteilen und Diskriminierung in allen Bereichen ihres Lebens ausgesetzt. Europäische, nationale und lokale Politiker/innen und Regierungen haben überall in Europa bereits eine Menge unternommen, um die Homosexuellenfeindlichkeit zu bekämpfen, aber es sind noch viel mehr Anstrengungen, Engagements und Aktionen erforderlich, um dieses schmachvolle Phänomen in Europa auszumerzen."

Der Tag zeichnete sich in diesem Jahr durch verschiedene Veranstaltungen in diversen Ländern aus. Auf unserer Website finden Sie

- o einen Bericht von Terry Davis, Generalsekretär des Europarats,
- o eine Stellungnahme von Thomas Hammarberg, Kommissar für Menschenrechte, Europarat,
- o Medienmitteilungen von IGLYO, der gemeinsamen Arbeitsgruppe für Schwulen- und Lesbenrechte des Europäischen Parlaments, der Europäischen Frauen-Lobby,
- o eine Präsentation zu LGBT-Rechten in der Europäischen Union von Christine Le Doaré, Mitglied im Vorstand der ILGA-Europa, in Paris während eines lesbischen Kolloquiums.

http://www.ilga-europe.org/europe/news/today_is_international_day_against_homophobia

BÜRGERMEISTER VON VILNIUS VERBIETET EU-ANTIDISKRIMINIERUNGSMOBIL IN DER STADT

Medienmitteilung der ILGA-Europa, 21. Mai 2007

Juozas Imbrasas, Bürgermeister von Vilnius, hat heute die Genehmigung für die geplante Station des EU-Antidiskriminierungsmobils [Informationslastwagen] in Vilnius an diesem Freitag verweigert (das Mobil tourt zur Zeit durch 19 Mitgliedstaaten als Teil der Informationskampagne "Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung"). Die Mobiltour 2007 hat zum Ziel, Bewusstsein für die Kampagne "Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung" und das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle zu wecken und darüber zu informieren.

Neben anderen für den Gleichstellungstag rund um das Mobil vorgesehenen Aktivitäten plante die litauische LGBT-Organisation eine Aktion "Wir sind für alle Farben des Lebens" als Teil des ersten litauischen Pride und wollte eine 30 Meter lange Regenbogenfahne neben dem Mobil auf dem Platz ausbreiten.

Die Gründe für die Ablehnung des Bürgermeisters wären Sicherheitsrisiken und die Verursachung von Unruhen durch Veranstaltungen rund um das Mobil. Nur wenige Tage zuvor hatte der Bürgermeister von Vilnius eine Ablehnung unterstützt, auf Trolleybussen von Vilnius zu werben. Damit sollte für die Gleichstellung sexueller Orientierung in der Beschäftigung im Rahmen eines von der EU finanzierten Projektes geworben werden. Er erklärte: "Wir lehnen die öffentliche Darstellung von homosexuellen (sic) Ideen in der Stadt Vilnius ab". Nachdem ein schwedischer Botschafter eine Rede vor dem litauischen Parlament gehalten und die Rechte von LGBT verteidigt hatte, fand eine Protestdemonstration vor der schwedischen Botschaft in Vilnius mit der Forderung statt, dass "die für Schweden/innen möglicherweise akzeptablen Werte für Litauer/innen inakzeptabel sind".

In Reaktion auf das Verbot des EU-Antidiskriminierungsmobils in Vilnius erklärte die Europäische Kommission "ihr großes Bedauern über die Entscheidung, die geplante Veranstaltung abzusagen. Das ist das erste Mal in vier Jahren, in denen das Mobil unterwegs ist, dass eine Station von lokalen Behörden abgelehnt worden ist".

"Das Antidiskriminierungsmobil verbreitet eine Botschaft der Toleranz, des Respekts und der Notwendigkeit, Diskriminierung aufgrund von ethnischer Herkunft, Lebensalter, einer Behinderung, sexueller Orientierung, Religion oder Weltanschauung zu bekämpfen."

"Die Aktivitäten auf dem Mobil zielen auch darauf ab, das Bewusstsein über Gesetze zur Antidiskriminierung zu steigern, denen alle Mitgliedstaaten zugestimmt haben."

Die Ablehnung durch die Stadtregierung zeigt, wie viel noch getan werden muss, um Verhalten und Einstellungen gegenüber diskriminierten Gruppen zu verändern und das Bewusstsein von Vielfalt zu steigern. Das ist noch dazu besonders in diesem Jahr entscheidend, dem "Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle".

Patricia Prendiville, Geschäftsführerin der ILGA-Europa, erklärte:

"Das ist ein erschreckender Akt von Respektlosigkeit nicht nur gegenüber dem Recht litauischer LGBT auf friedliche Versammlung und Meinungsäußerung; das ist auch ein Akt von Respektlosigkeit gegenüber der gesamten Europäischen Union und ihren Grundwerten.

Zum allerersten Mal ist das EU-Antidiskriminierungsmobil, das eine Botschaft verbreitet, dass Diskriminierung aus einer Reihe von Gründen einschließlich sexueller Orientierung in der Europäischen Union illegal ist, von einer Stadt verboten worden.

Wir fordern die Behörden von Vilnius auf, dieses Verbot unverzüglich zurückzunehmen und zu gewährleisten, dass alle geplante Aktivitäten stattfinden können. Außerdem hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte schon bei einer Reihe von Gelegenheiten bestätigt, dass Sicherheitsrisiken nicht als Rechtfertigung für das Verbot öffentlicher Aktivitäten benutzt werden können und es die Pflicht lokaler Behörden ist, die Sicherheit der Veranstaltung zu garantieren."

INTERNATIONALER FAMILIEN TAG: WIR SIND FAMILIEN!

Gemeinsame Medienmitteilung von ILGA-Europa, AGE – Europäische Plattform älterer Menschen, Europäisches Behindertenforum, Europäisches Netzwerk gegen Rassismus, Europäische Frauenlobby, Europäisches Jugendforum, Plattform der europäischen Sozial-NGOs

Am Internationalen Tag der Familien, 15. Mai 2007, erinnern vier Sozial-NGOs die EU daran, dass jede Definition von Familien die Vielfalt der Familien widerspiegeln sollte, die in europäischen Gesellschaften existiert. Das traditionelle Familienkonzept wird zunehmend von der gesellschaftlichen Entwicklung in Frage gestellt. Es gibt immer mehr Teenagerschwangerschaften, Familien mit allein erziehenden Eltern sowie Familien aufgrund gleichgeschlechtlicher Beziehungen in der EU. Ihre Existenz nicht anzuerkennen und auf die besonderen Herausforderungen, denen sie ausgesetzt sind, in Politik und Gesetzgebung nicht zu reagieren, läuft auf Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, des Lebensalters, der Religion, einer Behinderung und der sexuellen Orientierung hinaus.

Heute ist auch die Gelegenheit, die EU an die Notwendigkeit zu erinnern, die Grundsätze der Familienzusammenführung und Freizügigkeit von Familien innerhalb der EU ohne Diskriminierung umzusetzen. Zunehmend restriktive Politiken der Familienzusammenführung in den EU-Mitgliedstaaten untergraben das Recht auf Familienleben und haben eine schädliche Auswirkung auf die Integration von Migranten/innen.

Definitionen von Familien und Familienpolitiken sollten sich auf öffentlich geförderte Qualitätsversorgung für Familienangehörige und staatliche Vergünstigungen erstrecken, die die Familien in ihrer Vielfalt anerkennen. Sorgepflichten und Kosten dürfen nicht allein den Familien und insbesondere Frauen aufgebürdet werden. Die Mitgliedstaaten müssen die Verantwortung für das Wohlergehen und die volle Integration von Familienangehörigen übernehmen.

Zitatuswahl:

Patricia Prendiville, Geschäftsführerin der ILGA-Europa, erklärte:

"Wir möchten unsere Familien nicht dauernd als zweitklassig eingestuft sehen. Letztendlich bezahlen die Kinder in lesbischen, schwulen, bisexuellen oder transgener (LGBT) Familien den Preis für solch diskriminierende Maßnahmen. Die Nichtanerkennung von LGBT-Familien im Recht und in der Praxis beschädigt nur das Recht der Kinder auf Sicherheit und Schutz, was für andere Kinder selbstverständlich ist; sie wird trotzdem keine LGBT-Familie von ihrer Existenz abhalten."

Kirsti Kolthoff, Präsidentin der Europäischen Frauenlobby, erklärte:

"In der EU fehlen Versorgungsdienste, was zu einer "doppelten Lebenslast" für Frauen führt, die mehr und mehr außer Haus arbeiten und zur gleichen Zeit die Hauptlast der Versorgung und des Haushalts schultern. Der Ausweg für diese doppelte Lebenslast ist natürlich ein Einstellungswandel im Haushalt für eine gleichberechtigte Aufteilung der Versorgungsaufgaben zwischen Frauen und Männern, und es hängt außerdem von Politiken ab, die Frauen und Männern eine wirkliche Auswahlmöglichkeit erlauben."

Pascale Charhon, Direktor des Europäischen Netzwerks gegen Rassismus (ENAR), betonte, dass "den Politiken der Mitgliedstaaten ein Widerspruch innewohnt, mit dem zunehmend versucht wird, Migration und Familienzusammenführung einzuschränken, während zur gleichen Zeit Integration und Familienrechte in Europa gefördert werden".

Anne-Sophie Parent, Geschäftsführerin von AGE – der Europäischen Plattform für ältere Menschen, äußerte, dass "die Familie in allen ihren Dimensionen berücksichtigt werden sollte, einschließlich die alternde Familie und, dass Familienpolitik den Wunsch und die Grenzen von Familien anerkennen sollte, für ihre älteren Familienangehörigen zu sorgen".

UNTERSTÜTZEN SIE EINE GESETZGEBUNG GEGEN VERBRECHEN AUS HASS IN EUROPA

Von ILGA-Europa

Die ILGA-Europa rät ihren Mitgliedern, Unterstützern/innen und Freunden/innen, eine von der COALITION EUROPA ins Leben gerufene Petition zu unterzeichnen, in der eine wirksame Gesetzgebung gegen Verbrechen aus Hass in Europa unterstützt wird.

COALITION EUROPA ist eine Europa übergreifende Plattform von zusammen arbeitenden Menschenrechtsorganisationen, um Kampagnen zu bestimmten Themen für die Verfolgung eines allgemeinen europäischen Menschenrechtsprogramms umzusetzen.

Europa hat in den vergangenen Jahren einen ständigen Anstieg von hassmotivierten Verbrechen innerhalb seiner Grenzen zu verzeichnen. Anwachsende Einwanderung, eine Furcht vor schwindender nationaler Identität, vor Terrorismus und vor Verschiedenheit sind Bestandteile von anschwellender/m Islamophobie, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit überall in Europa und haben zu einer offen feindlichen Umwelt gegenüber Minderheiten in vielen europäischen Staaten geführt.

Diese Ängste sind als Rechtfertigung für die Akzeptanz von Intoleranz benutzt worden und haben direkt zum Anstieg von Verbrechen aus Hass überall in Europa beigetragen.

Die europäische Koalitionskampagne – Von Verbrechen aus Hass zu Menschenrechten – drängt europäische Staaten, sich zur Einführung konkreter und wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Verbrechen aus Hass zu verpflichten.

Die Petition ist verfügbar unter:

<http://www.ipetitions.com/petition/CoalitionEurope>

SCHWEIZ: GENFER WÄHLER/INNEN UNTERSTÜTZEN SCHWULE GLEICHSTELLUNG

Quelle: Tribune de Genève, Mai 2007

[http://www.tdg.ch/pages/home/tribune_de_geneve/english_corner/news/news_detail/\(contenu\)/79686](http://www.tdg.ch/pages/home/tribune_de_geneve/english_corner/news/news_detail/(contenu)/79686)

Eine große Mehrheit der Bürger/innen, die am Referendum am Sonntag teilgenommen haben, unterstützen das Gesetz, in dem homosexuellen Partnern/innen die gleichen Rechte wie verheirateten Paaren zugestanden werden.

Die Genfer Bürger/innen haben mehrheitlich gleichen Rechten für schwule Paare, die eine Partnerschaft eingehen, zugestimmt. Es sind dies die gleichen Rechte, in deren Genuss verheiratete Heterosexuelle kommen. Das Referendum am Sonntag bringt die Gesetze des Kantons in Übereinstimmung mit denen im übrigen Land. Der von 83 % der Wähler/innen unterstützte Wandel bringt schwulen Paaren gleichberechtigten Zugang zu Sozialleistungen und Erbschaften.

Das Referendum war notwendig, weil es Voraussetzung für eine Änderung der kantonalen Steuergesetze ist. Alle politischen Parteien in Genf unterstützten die Änderung, außer der rechtsgerichteten Schweizer Volkspartei (UDC). Die UDC wurde scharf wegen einer von ihr durchgeführten Plakatkampagne kritisiert, in der die Änderungen als Steuervergünstigung für "unfruchtbare und wohlhabende" Schwule bekämpft wurde. Ein Sprecher der UDC räumte später ein, dass für die Plakate eine falsche Wortwahl benutzt worden wäre, die schließlich entfernt worden wäre.

ESTLAND: GLEICHGESCHLECHTLICHE PARTNERSCHAFTEN 2008 LEGAL?

Übersetzt aus dem Russischen von Juris Lavrikovs, Originalquelle: www.delfi.ee, 10. Mai 2007
<http://rus.delfi.ee/archive/article.php?id=15876759&categoryID=309647&ndate=1178744400>

Das estnische Nachrichten-Internetportal www.delfi.ee berichtet, dass trotz der Tatsache, dass die gegenwärtig debattierte Gesetzgebung zur Familie keine Legalisierung gleichgeschlechtlicher Eheschließungen vorsehe, erwartet wird, dass ein Gesetz zur Legalisierung gleichgeschlechtlicher ziviler Partnerschaften im Jahr 2008 verabschiedet werde.

Rein Lang, estnischer Justizminister, erklärte, dass die estnische Regierung meine, das Familienrecht müsse die Familie in ihrem traditionellen Verständnis regeln und betonte, dass die gleichgeschlechtlichen zivilen Partnerschaften in einer gesonderten Gesetzgebung geregelt werden sollten.

FINNLAND: 191 GLEICHGESCHLECHTLICHE PARTNERSCHAFTEN 2006 REGISTRIERT

Quelle: *Helsingin Sanomat*, 04. Mai 2007

<http://www.hs.fi/english/article/Numbers+of+marriages+-+and+divorces+-+declined+in+2006/1135227016307>

Im vergangenen Jahr wurden in Finnland insgesamt 28.236 Ehen geschlossen. Das sind gut eintausend weniger, als in den zwölf vorangegangenen Monaten. Die Zahlen wurden heute in Finnlands Statistiken zum demographischen Wandel veröffentlicht. Die Anzahl der heiratenden Paare hat sich in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts von Jahr zu Jahr ziemlich stark unterschieden.

Im vergangenen Jahr lag das durchschnittliche Alter bei heiratenden Frauen zum ersten Mal bei 29,7 Jahren und bei Männern bei 32,1 Jahren. 13.255 Ehen wurden im vergangenen Jahr geschieden, gerade einmal 100 weniger als im Jahr 2005. Bei den Scheidungen hat es in den vergangenen Jahren nur marginale Änderungen gegeben.

Im Bereich der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften wurden 191 im Jahr 2006 eingetragen. Davon waren 84 homosexuelle Partner und 107 lesbische Paare. 2005 waren es insgesamt 200. Dreißig gleichgeschlechtliche Partnerschaften wurden 2006 geschieden.

VERSAMMLUNGSFREIHEIT

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE:

VERBOT DES LGBT-PRIDE IN WARSCHAU WAR ILLEGAL UND DISKRIMINIEREND

Von *ILGA-Europa*

Am 03. Mai 2007 urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg im Fall *Bączkowski und andere gegen Polen* und erklärte das Verbot der LGBT-Pride-Parade in Warschau 2005 für illegal und diskriminierend.

Patricia Prendiville, Geschäftsführerin der ILGA-Europa, erklärte:

"Wir sind erfreut, dass der Gerichtshof standhaft und einvernehmlich bestätigt hat, dass die Versammlungs- und Ausdrucksfreiheit allen zusteht. Von dem Gerichtshof ist inzwischen ein beträchtliches Fallrecht in Hinsicht auf die Versammlungsfreiheit etabliert worden und wir wissen jetzt, dass die gleichen Prinzipien gleichberechtigt auf LGBT-Bürger/innen anwendbar sind. Wir hoffen, dass diese Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte den unerträglichen Verletzungen des Rechts auf friedliche Versammlung von LGBT ein Ende setzen wird, deren Zeuge wir während der letzten Jahre in einigen europäischen Städten geworden sind. Wir hoffen, dass dieses Urteil ein weiteres Argument sein wird, europäische Bürgermeister/innen zu ermutigen, den Appell der ILGA-Europa zur Versammlungs- und Ausdrucksfreiheit für LGBT zu unterzeichnen und auf diese Weise eine weitere hässliche Erscheinungsweise von Homosexuellenfeindlichkeit in Europa auszumerzen."

Weitere Einzelheiten, einschließlich des vollständigen Urteils, finden Sie auf unserer Website unter:

http://www.ilga-europe.org/europe/guide/country_by_country/poland/european_court_of_human_rights_ban_on_lgbt_pride_in_warsaw_was_illegal_and_discriminatory

Quelle: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter * Anmerkungen des Übersetzers in eckigen Klammern * In Texten verwendete und nicht erläuterte Abkürzungen: LGBTIQ - Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender [Menschen mit Geschlechtsrollen übergreifender Identität], Intersexuelle, Queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intersexuell, queer), EG – Europäische Gemeinschaft(en), EU - Europäische Union, NGO - nichtstaatliche Organisation * Angabe von Links ohne Hinweis in eckigen Klammern beziehen sich auf Webseiten in englischer Sprache.